

AKTIVIST.IN ♀

FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE

NETZWERK FRAUENRECHTE

AMNESTY-INFO 4 / DEZEMBER 2018

MUTIGE FRAUEN

Schutz für Menschenrechts-
verteidigerinnen

ÖSTERREICH

100 Jahre Frauenwahlrecht

SETZ DICH EIN

für Leila de Lima / Atena
Daemi / Vitalina Koval

NETZWERK FRAUENRECHTE

♀ AMNESTY
INTERNATIONAL





WEB
frauenrechte.amnesty.at
E-MAIL
frauenrechte@amnesty.at
FACEBOOK
amnestynetzwerkfrauenrechte
TWITTER
@AIFrauenrechte

SPENDENKONTO
BIC: GIBAATWWXXX
IBAN: AT14201110000316326
lautend auf
AMNESTY INTERNATIONAL
ÖSTERREICH
Verwendungszweck
NETZWERK FRAUENRECHTE

*Spenden an Amnesty sind
steuerlich absetzbar*

Liebe Unterstützer*innen! Liebe Amnesty-Freund*innen!

Der Einsatz für Menschenrechte ist weltweit gefährlicher geworden. Immer mehr Regierungen schränken Stück für Stück unsere Freiheit ein und unterdrücken die, die sich für die Menschenrechte einsetzen. Viele Stimmen wurden schon zum Schweigen gebracht. Besonders Frauen, die sich für die Menschen/Frauenrechte einsetzen sind besonders gefährdet. Das können wir nicht akzeptieren.

Amnesty fordert seit vielen Jahren für Menschenrechtsaktivist*innen Schutz vor Gewalt, Einschüchterung und unrechtmäßiger Haft.

Für Menschenrechtsverteidiger*innen ist nicht nur die Unterstützung durch jede*n Einzelne*n von uns wichtig. Auch der rechtliche Rückhalt von Staaten und ihren Regierungen ist unverzichtbar. Deshalb sind Staaten dazu aufgefordert, die wichtige Rolle von Menschenrechtsverteidiger*innen anzuerkennen und sie aktiv zu fördern.

Und ebenfalls sehr wichtig: Eine freie und demokratische Gesellschaft braucht eine starke Zivilgesellschaft. Erheben wir gemeinsam unsere Stimmen und stellen wir uns gegen Einschränkungen bei Grund- und Freiheitsrechten!

Diesen Forderungen verlieh Amnes-

ty mit einer Konferenz anlässlich des Treffens der EU-Außenminister*innen Ende August Nachdruck. Menschenrechtsverteidiger*innen aus aller Welt berichteten von ihrer Arbeit und von den Hürden und Bedrohungen, denen sie ausgesetzt sind. Die Reden dieser mutigen Frauen vor der österreichischen Außenministerin, vor Parlamentarier*innen, EU-Vertreter*innen und Botschafter*innen haben unterstrichen, wie wichtig es ist, Menschenrechtsverteidiger*innen besser zu schützen.

Vier mutige Frauen bitten wir dich, mit deinem Brief zu unterstützen:

Die philippinische Senatorin **Leila de Lima**, die in Haft ist, weil sie den Präsidenten kritisierte.

Die indische Menschenrechtsverteidigerin **Salima Memcha**, die bedroht wird, weil sie sich gegen die brutalen Übergriffe von Sicherheitskräften stellt.

Die ukrainische LGBTIQ-Aktivistin **Vitalina Koval**, die homophoben Angriffen ausgesetzt ist.

Die Iranerin **Atena Daemi**, die wegen ihres Einsatzes gegen die Todesstrafe und für Frauen- und Kinderrechte im Gefängnis ist.

*Danke, dass du sie unterstützt!
Das Amnesty-Netzwerk Frauenrechte*

Titelbild: Leila de Lima, Atena Daemi, Vitalina Koval



INHALT

- 3 PHILIPPINEN. **Leila de Lima ist unschuldig**
- 4 INDIEN. **Einsatz gegen Straflosigkeit**
- 6 INTERNATIONAL
Schutz und Gerechtigkeit für mutige Frauen
- 8 ÖSTERREICH
Mut und Engagement besonders schützenswert
- 9 UKRAINE: **Schutz für Vitalina**
- 10 IRAN: **Freiheit für Atena**
- 11 IRAN. **Als Kind verhaftet und hingerichtet**
- 12 INTERNATIONAL
Kindersoldat*innen - in der Wiege der Konflikte
- 14 GRIECHENLAND
Katastrophale Zustände in Flüchtlingslagern
- 16 ÖSTERREICH / POLEN
100 Jahre Frauenwahlrecht
- 18 DIES & DAS. **Kurzmeldungen**
- 19 - 26 APPELLBRIEFE.
Bitte absenden!
- 27 BRIEFMARATHON 2018
Der größte Menschenrechtsevent der Welt
- 28 GUTE NACHRICHTEN Impressum

LEILA DE LIMA IST UNSCHULDIG

PHILIPPINEN. Die Menschenrechtsverteidigerin und Senatorin Leila de Lima sitzt im Gefängnis, weil sie Präsident Duterte kritisierte.

Die bekannte philippinische Anwältin und Senatorin Leila de Lima wurde im Februar 2017 wegen konstruierter Anklagen festgenommen und befindet sich seitdem zu Unrecht im Gefängnis in Camp Crame, Manila. Senatorin Leila de Lima hat ihr Leben lang für eine liberale Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte auf den Philippinen gearbeitet.

Nach ihrem Studium der Rechtswissenschaften und ihrer langjährigen Arbeit als Anwältin wurde sie Senatorin und führte mehrere Jahre lang den Vorsitz der Philippinischen Menschenrechtskommission.

Sie war von Anfang an eine Kritikerin des brutalen „Drogenkrieges“ des philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte, in dem Sicherheitskräfte seit 2016 schon tausende Personen, hauptsächlich aus armen und marginalisierten Gruppen, verfolgt und getötet haben. Im Jahr 2012, als Duterte noch Bürgermeister von Davao City war, ließ Leila de Lima im Auftrag der Menschenrechtskommission Duterter Verbindungen zu einer Vielzahl außergerichtlicher Exekutionen untersuchen. Vier Jahre später wurde Duterte zum Präsidenten gewählt. Die Untersuchungen hatte er ihr nie verziehen, den Medien teilte er mit, dass er de Lima „öffentlich vernichten werde“.

Sie war und ist eine von sehr wenigen Oppositionspolitiker*innen, die sich noch trauen, öffentlich Kritik zu üben.

AMNESTY FORDERT:

► alle Anklagen gegen Senatorin Leila de Lima fallen zu lassen und dafür zu sorgen, dass sie unverzüglich und bedingungslos freigelassen wird.

► sicherzustellen, dass Senatorin Leila de Lima während ihrer Inhaftierung unter menschenwürdigen Bedingungen festgehalten wird und dass willkürliche Beschränkungen wie ein Besuchsverbot aufgehoben werden.



Leila de Lima (Bildmitte) 2008 gemeinsam mit der damaligen Direktorin von Amnesty Philippinen Aurora Parong und weiteren Aktivist*innen bei einer Aktion gegen Folter

- alle Vorfälle von Bedrohung, Einschüchterung und Verfolgung von politischen Gegner*innen, Aktivist*innen, unabhängigen Medien und Menschenrechtsverteidiger*innen, die die Anti-Drogen-Kampagne der Regierung kritisieren, zu untersuchen und sicherzustellen, dass sie ihre Arbeit ohne Furcht vor Verfolgung ausführen können.
- alle Vorfälle von Tötungen in Verbindung mit Drogen gründlich und unabhängig zu untersuchen.

SETZ DICH EIN!

Bitte schick den Appellbrief bis Ende Dezember ab und fordere Leila de Limas sofortige Freilassung.

EINSATZ FÜR GERECHTIGKEIT IN MANIPUR

INDIEN. Salima Memchas Ehemann wurde von Sicherheitskräften ermordet. Mit anderen Angehörigen kämpft sie jetzt unermüdlich gegen die Straflosigkeit des Sicherheitsapparats.

Von Linda Fiene, Mitglied des NW Frauenrechte. Sie macht derzeit ein Praktikum bei Amnesty Deutschland.

Salima Memcha kommt aus Manipur, Nordostindien. Dort lebte sie als einfache Farmerin, Ehefrau und Mutter von vier Kindern. Durch ein gewaltsames Zusammentreffen mit den örtlichen Sicherheitskräften änderte sich ihr Leben schlagartig. Im Januar 2010 drangen staatliche Sicherheitskräfte ohne Durchsuchungsbeschluss in ihr Haus ein, raubten es aus und zerstörten es. Die Männer folterten sie und ihren Ehemann, Mohammed Faziruddin. Dieser wurde von den Männern mitgenommen – und kehrte nicht zurück. Als seine Leiche vor einer örtlichen Polizeiwache gefunden wurde, trug er eine Uniform der bekannten paramilitärischen Gruppe Assam Rifles. Sie war ihm jedoch viel zu groß und wies auch keine Einschusslöcher auf, obwohl auf dem Körper deutlich über 20 Schusswunden zu erkennen waren. Dennoch behauptete die Polizei, dass Mohammed ein paramilitärischer Kämpfer sei und bei einem Schusswechsel getötet wurde.

AUSSERGERICHTLICHE HINRICHTUNG. Salima war klar, dass es sich um eine Scharade handelte: Ihr Mann war kein Kämpfer, ihm wurde die Kleidung erst nach seinem Tod angezogen. Er war Opfer einer außergerichtlichen Hinrichtung geworden.

Der Fall von Salima ist kein Einzelfall. Seit dem Jahr 1980 gilt Manipur als „Unruhegebiet“, in dem ein Gesetz namens AFSPA (Armed Forces Special Powers Act) aus dem Jahr 1958 staatlichen Sicherheitskräften besondere Befugnisse einräumt. So können sie beispielsweise Personen festnehmen, durchsuchen und sogar auf sie schießen, ohne einen Haftbefehl oder Durchsuchungsbeschluss dafür zu brauchen. Sogenannte „fake encounters“, d.h. inszenierte bewaffnete

Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und paramilitärischen Gruppen, bei denen es sich um mutmaßliche außergerichtliche Hinrichtungen handelt, sind in Manipur keine Seltenheit. Zwischen 1979 und 2012 wurden 1.528 solcher Fälle dokumentiert – und das sind nur diejenigen, die der Öffentlichkeit bekannt sind. Dabei herrscht, unter anderem aufgrund des AFSPA-Gesetzes, ein Klima der Straffreiheit für Polizei und Armee.

GERECHTIGKEIT FÜR DIE ERMORDETEN. Einige Witwen und andere Angehörige der Getöteten schlossen sich 2009 zu einer Gemeinschaft zusammen, der Extrajudicial Execution Victim Families Association Manipur (EEVFAM). Sie haben sich zum Ziel gesetzt, Gerechtigkeit für die Verstorbenen zu erlangen und dafür zu sorgen, dass die Fälle aufgeklärt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Neben der Unterstützung für die Hinterbliebenen besteht ein Teil ihrer Arbeit auch aus der Dokumentation aller vermuteten außergerichtlichen Hinrichtungen.

Bei EEVFAM fand Salima, die zunächst verängstigt und traumatisiert war, wieder Hoffnung. Wie viele andere Witwen muss sie nach dem Tod ihres Mannes ihre Kinder alleine versorgen. Bei EEVFAM teilen die Frauen und Familien ihre Geschichten und auch das Leid. Sie helfen sich gegenseitig bei alltäglichen Problemen und geben emotionale Unterstützung – über religiöse und ethnische Grenzen hinweg.

Zusammen mit der Menschenrechtsorganisation Human Rights Alert richtete sich EEVFAM 2012 an den Obersten Gerichtshof in Indien. In einer Public Interest Litigation (zu Deutsch etwa: Klage zur Wahrung öffent-

SETZ DICH EIN!

Bitte schick den Appellbrief bis Ende Dezember ab und fordere Schutz für Salima und die Aktivist*innen von EEVFAM.

licher Interessen) beantragten sie die Untersuchung der mutmaßlichen extralegalen Hinrichtungen. Im Sommer 2017 ordnete dann der Oberste Gerichtshof die Untersuchung von mehr als 90 Fällen durch das „Central Bureau of Investigation“ (CBI) an. Bisher wurden in nur wenigen Fällen tatsächlich Ermittlungen eingeleitet. Salimas Fall gehört nicht dazu.

Allgemein verläuft der Prozess schleppend und es kommt immer wieder zu Verzögerungen und verschobenen Terminen. Das liegt nicht zuletzt daran, dass einige der mutmaßlichen Verantwortlichen wichtige offizielle Positionen innehaben. Die Initiative von EEVFAM ist den Machthabenden ein Dorn im Auge. Die indische Regierung argumentiert, dass sich Strafverfolgung von Sicherheitskräften negativ auf die Moral von Polizei und Armee auswirken würde. Generell erhält die Armee breite Unterstützung von vielen Bevölkerungsgruppen in Indien. Sie gilt als „unanastbar“.

BEDROHT UND EINGESCHÜCHTERT. Einige der Aktivist*innen sind aufgrund ihres Engagements immer wieder Drohungen, Einschüchterungen oder Belästigungen ausgesetzt. So auch Salima. Am frühen Morgen des 7. April 2018, an dem Tag, an dem sie eine Erklärung zum Falle ihres Mannes bei der Kriminalpolizei abgeben sollte, kamen erneut Sicherheitskräfte und Männer einer paramilitärischen Gruppe zu ihrem Haus, stahlen und zerstörten persönliches Eigentum und bedrohten sie. Damit wollten sie eine klare Warnung senden und sie so zum Schweigen bringen.

Doch Salima ließ sich nicht von ihrem Ziel abbringen. Dank der Hilfe von EEVFAM ent-



wickelte sie sich von einer eingeschüchterten Mutter und Witwe zu einer selbstbewussten Frau, die sich mutig gegen Straflosigkeit der staatlichen Sicherheitskräfte einsetzt. „Wir verdienen Gerechtigkeit. Ich werde nicht aufhören, dafür zu kämpfen“, so Salima. Amnesty India unterstützte Salima in der „BRAVE“-Kampagne für Menschenrechtsverteidiger*innen, und auch die deutsche Sektion nahm ihren Fall als „Brief gegen das Vergessen“ auf. Im September 2018 reiste Salima zusammen mit Monika Khangembam, einer Frauenrechtsaktivistin und Unterstützerin von EEVFAM, auf Einladung der Indien-Koordinationsgruppe (www.amnesty-indien.de) nach Berlin. Gemeinsam machten sie auf die Situation in Manipur aufmerksam und baten Politiker*innen um Unterstützung. Amnesty fordert ein sofortiges Ende der Einschüchterungen und Drohungen gegen Salima und andere Aktivist*innen von EEVFAM.

Die eingeschüchterte Bäuerin Salima Memcha wurde zu einer mutigen Menschenrechtsaktivistin.

© Amnesty International Deutschland

SCHUTZ UND RESPEKT FÜR MUTIGE FRAUEN

Amnesty nützte die EU-Ratspräsidentschaft Österreichs, um auf die wichtige Arbeit von Menschenrechtsverteidigerinnen in aller Welt aufmerksam zu machen und Schutz für sie zu fordern.



Annemarie Schlack, Geschäftsführerin von Amnesty Österreich

Unten: „Cartoon-Protokoll“ der Amnesty-Konferenz über Menschenrechtsverteidiger*innen von Markus Engelberger.

Alle Fotos: Christoph Liebenritt / Amnesty International Österreich

Am 29. August sprachen auf Einladung von Amnesty International Österreich Menschenrechtsverteidigerinnen aus Kenia, El Salvador, Indonesien, Russland, Syrien und Österreich in Wien über dramatische Umstände und Schutzlosigkeit, denen sie bei ihrem Einsatz für die Menschenrechte ausgesetzt sind. Die Reden von diesen mutigen Menschen vor der österreichischen Außenministerin, Parlamentarier*innen, EU-Vertreter*innen und Botschafter*innen haben nochmal unterstrichen, wie wichtig es ist, Menschenrechtsverteidiger*innen besser zu schützen. Anlässlich des zweitägigen informellen Treffens der EU-Außenminister*innen in Wien Ende August, sagte Annemarie Schlack, Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich: „Wir fordern von allen Außenminister*innen, bei diesem Treffen den Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen zur Priorität der EU-Außenpolitik zu machen – insbesondere von Außenministerin Karin Kneissl als Ministerin des Landes, das aktuell

den EU-Ratsvorsitz innehat.“ „Der von Amnesty International initiierte Dialog zwischen Menschenrechtsverteidigerinnen und der Außenministerin hat gezeigt, dass Bekenntnisse zum Schutz von Menschen, die sich für die Rechte aller einsetzen, ein wichtiger Schritt sind. Aber echter Schutz für diese mutigen Menschen besteht nur dann, wenn daraus auch Handlungen entstehen. Umso wichtiger ist es jetzt, dass beim aktuellen Gymnich-Treffen dem Bekenntnis der Außenministerin gegenüber Menschenrechtsverteidigerinnen eine konkrete politische Umsetzung folgt“, sagte Annemarie Schlack.

Amnesty International fordert, dass bei zukünftigen Außenminister*innentreffen in Brüssel zumindest jährlich eine Debatte zur Situation von Menschenrechtsverteidiger*innen stattfindet und daraus verbindliche Entschlüsse des Rates zum Schutz von diesen mutigen Menschen getroffen werden.





„Wir sind Frauen. Wir sind mutig, wir sind stark. Wir sind Kämpferinnen. Wir können nicht zum Schweigen gebracht werden. Frauen haben ein Recht auf ihren eigenen Körper.“

Maria Teresa Rivera, El Salvador, setzt sich für sexuelle und reproduktive Rechte ein. Nach einer Fehlgeburt 2011 wurde sie zu 40 Jahren Haft wegen eines angeblichen Schwangerschaftsabbruchs verurteilt. 2016 kam sie frei und bekam Asyl in Schweden, weil eine Wiederaufnahme der Verfahrens drohte

„Ich glaube, dass jeder Mensch das Recht hat, sich zu äußern und mit der Person zusammen zu sein, die er liebt.“

Evdokia Romanova, Russische Föderation, Aktivistin für sexuelle und reproduktive Rechte, die auch Jugendlichen und diskriminierten Gruppen eine Stimme geben möchte. Verurteilt weil sie Links zu Beiträgen in den Sozialen Medien teilte, die sich mit LGBTI-Themen beschäftigen



„Ich möchte, dass Kenia für die mutigen, hartnäckigen und entschlossenen Bemühungen junger Menschen bekannt wird, die zusammenkommen, um sich für eine andere Welt einzusetzen. Für Würde, für Gleichheit und für Gerechtigkeit.“

Wangui Kimari, Kenia, deckt mit einer NGO willkürliche Tötungen junge Männer aus den armen Vierteln Nairobis durch Polizeikräfte auf.



„Einen Ort zu schaffen, an dem Menschen die Person sein oder werden können, die sie sind, ist es, was uns aufstehen lässt und uns für Menschenrechtsverteidigerinnen einsetzen.“

Marty Huber, Österreich, Mitbegründerin von Queer Base - Welcome and Support for LGBTIQ Refugees



„Frauen nicht nur in Syrien, sondern auf der ganzen Welt sollten deutlich machen, was mit Frauen in Syrien geschieht.“

Majdoleen al Hassan, Syrien/Österreich, Menschenrechtsanwältin, war Rechtsberaterin des UNHCR in Damaskus und arbeitet an den Friedensgesprächen für Syrien mit. Wegen ihres menschenrechtlichen Einsatzes war sie zweimal verhaftet





„MUT UND ENGAGEMENT BESONDERS SCHÜTZENSWERT“

ÖSTERREICH. Matinée in der Hofburg zum Thema „FRAUEN - VERTEIDIGEN - MENSCHENRECHTE“

Anlässlich des informellen EU-Außenminister*innentreffens im Rahmen der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft lud die Zweite Präsidentin des Nationalrates Doris Bures gemeinsam mit Amnesty International Österreich am 30. August zur Matinée „Frauen – Verteidigen – Menschenrechte“. Im Rahmen der Veranstaltung erzählten Evdokia Romano, Aktivistin für sexuelle und reproduktive Rechte aus Russland, und Wangui Kimare, Mathare Social Justice Centre, aus Kenia über die Herausforderungen, vor denen Menschenrechtsverteidigerinnen wie sie stehen. „Menschenrechtsverteidigerinnen leisten einen wertvollen und unverzichtbaren Beitrag, dass möglichst viele Menschen in Würde leben können. Sie stärken gleichzeitig auch Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Der Mut und das Engagement dieser Frauen, sich aktiv für andere Menschen einzusetzen, sind daher besonders schützens- und unterstützenswert“, sagte Annemarie Schlack, Geschäftsführerin von Amnesty International, und wei-

ter: „Jede*r österreichische*r Parlamentarier*in hat die Verantwortung, sich für die Rechte aller einzusetzen. Dazu gehört auch, jene Menschen zu schützen, die die Menschenrechte verteidigen. So muss jede*r Abgeordnete darauf drängen, dass Bekundungen der Bundesregierung, Menschenrechtsverteidiger*innen besser zu schützen, auch tatsächlich umgesetzt werden.“ Die Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures betonte die Bedeutung von Menschenrechtsverteidiger*innen für ein friedliches Zusammenleben: „Jeder Mensch wird im Laufe seines Lebens immer wieder mit Ungerechtigkeiten konfrontiert. Die entscheidende Frage ist jedoch, wie wir damit umgehen. Amnesty International Österreich und Menschenrechtsverteidiger*innen weltweit verschließen nicht ihre Augen vor Menschenrechtsverletzungen, sondern zeigen sie auf und kämpfen für die Rechte von Männern, Frauen und Kindern. Dafür verdienen sie unseren größten Respekt.“

SCHUTZ FÜR VITALINA

UKRAINE. Vitalina Koval setzt sich für LGBTIQ-Rechte ein und wird dafür bedroht.



Vitalina Koval (28) ist Menschenrechtsverteidigerin in der Stadt Uschhorod in der Westukraine. Seit 2016 engagiert sie sich in der LGBTIQ-Community und organisiert Veranstaltungen und regelmäßige Treffen. Doch in den letzten zwei Jahren ist es in der Ukraine schwierig geworden, sich für Menschenrechte einzusetzen. Bei einer Demonstration für den internationalen Frauentag am 8. März 2017, bei der Teilnehmer*innen für Frauenrechte und LGBTIQ-Rechte protestierten, griffen etwa zwölf Mitglieder einer rechtsextremen Gruppe die Demonstrierenden an, zerrissen ihre Banner und drohten ihnen. Als Vitalina die Demonstration im folgenden Jahr organisierte, holte sie sich deshalb die Zusage des stellvertretenden Polizeichefs, dass die Polizei die Teilnehmer*innen schützen würde.

Doch es kam erneut zu einem Zwischenfall. Sechs Mitglieder der rechtsextremen Gruppe „Karpatska Sich“, die zu Hass und Diskriminierung aufrufen, beschimpften die Protestierenden und überschütteten sie mit roter Farbe. Vitalina bekam die Farbe in die Augen und musste ins Krankenhaus, wo eine Verätzung festgestellt wurde. Als sie anschließend zur Polizeistation ging, um den Vorfall anzuzeigen, hatte man ihre Angreifer bereits festgenommen. Sie wurden allerdings wenige Stunden später wieder freigelassen, doch nicht, bevor ein Polizeibeamter Vitalina in ihrer Hörweite laut nach deren Adresse gefragt hatte. Vitalina musste ihre Adresse in voller Lautstärke bekannt geben, sie fühlte sich unsicher und eingeschüchtert.

Aus Sicherheitsgründen ist Vitalina mittlerweile nach Kiew gezogen. Doch sie wird sich weiter für Frauen- und LGBTIQ-Rechte einsetzen. Ihren Mut kann ihr niemand nehmen. Über 30 Angriffe rechtsextremer Gruppen wurden in der Ukraine von Amnesty International seit April 2017 registriert, doch nur in einem dieser Fälle gab es bis jetzt rechtliche Konsequenzen. Der Raum für zivile Menschenrechtsarbeit in der Ukraine schrumpft und Frauen und LGBTIQ-Personen bzw. Aktivist*innen, die für Frauenrechte und LGBTIQ-Rechte arbeiten, sind besonders von der Gewalt rechtsextremer Gruppen bedroht.

TÄTER BLEIBEN STRAFLOS. Dass die Täter*innen in den allermeisten Fällen völlig ungestraft bleiben, ist ein klares Zeichen für beide Seiten. Gewaltbereite rechtsextreme Gruppen sind dadurch ermutigt, noch aggressiver aufzutreten, während Menschenrechtsverteidiger*innen eingeschüchtert und in ihrer für die ukrainische Gesellschaft essentiellen Arbeit behindert werden.

Es ist dringend notwendig, dass die ukrainischen Behörden das Problem wachsender Gewalt durch rechtsextreme Gruppen anerkennen und entsprechend reagieren. Es müssen wirksame Schutzmaßnahmen ergriffen werden, insbesondere für Frauenrechte- und LGBTIQ-Aktivist*innen, um ein sicheres und förderliches Umfeld für Vitalina und andere Menschenrechtsaktivist*innen in der Ukraine zu gewährleisten.

SETZ DICH EIN!

Bitte schick den Appellbrief bis Ende Dezember ab und fordere Schutz für Vitalina und alle Menschenrechtsaktivist*innen in der Ukraine.

SETZ DICH EIN!
Bitte schicke den Appell-
brief bis Ende Dezember ab
und verlange die sofortige
Freilassung von Atena
Daemi.



FREIHEIT FÜR ATENA

Früher stand Atena Daemi auf der anderen Seite der Gefängnismauer und forderte gemeinsam mit verzweifelten Familien ein Ende der Todesstrafe im Iran. Ihre Mahnwachen galten vor allem den vielen gewaltlosen politischen Gefangenen, die im berüchtigten Evin-Gefängnis auf ihre Exekution warteten.

Nun ist sie selbst eine solche politische Gefangene, verurteilt zu sieben Jahren Haft für ihren Einsatz gegen die Todesstrafe und für Frauen- und Kinderrechte im Iran. Bei ihrer Festnahme und in der Haft wurde Atena Daemi immer wieder von Sicherheitskräften geschlagen und misshandelt. Sie leidet aufgrund der Haftbedingungen unter schweren gesundheitlichen Problemen, doch die Gefängnisbehörden lassen nicht zu, dass sie ausreichend behandelt und medizinisch versorgt wird.

Schon als Jugendliche konnte Atena Daemi nicht verstehen, warum sie sich dem Willen anderer zu beugen hatte, nur weil sie eine Frau war. Sie begann, sich für Menschen- und vor allem Frauenrechte zu interessieren, diskutierte aktiv in sozialen Netzwerken mit,

übte Kritik an den hohen Hinrichtungszahlen im Iran, verteilte Flugzettel, organisierte Protestaktionen gegen die Hinrichtung von politischen Gefangenen und besuchte die Gräber all jener Exekutierten.

Doch im Iran ist der Einsatz für Menschenrechte besonders gefährlich. Sehr bald wurden die Behörden auf Atena und ihre Mitstreiter*innen aufmerksam. Am 21. Oktober 2014 wurde sie zum ersten Mal festgenommen und 86 Tage im Evin-Gefängnis festgehalten, davon mehr als 50 Tage in Einzelhaft. In dieser Zeit hatte sie keinen Zugang zu einem Rechtsbeistand und wurde fast täglich verhört, manchmal bis zu 11 Stunden am Tag.

Am 14. Mai 2015 wurde sie in einem 15-minütigen Schauprozess wegen „Versammlung und Verschwörung gegen die nationale Sicherheit“, „Verbreitung von Propaganda gegen das System“ und „Beleidigung des Gründers der Islamischen Republik Iran und des Religionsführers“ zu 14 Jahren Haft verurteilt. Später wurde das Strafmaß auf 7 Jahre reduziert.

FOLGE UNS AUF

 **FACEBOOK**
amnestynetz-
werkfrauenrechte

 **TWITTER**
@AIFrauenrechte

ALS KIND VERHAFTET, GEFOLTERT UND HINGERICHTET

IRAN. Zeinab Sekaanvand, Opfer häuslicher und sexueller Gewalt wurde als Kind verhaftet und nach einem unfairen Prozess zum Tode verurteilt.

Zeinab Sekaanvand wurde am 1. Oktober aus ihrer Zelle gebracht und zur Vorbereitung ihrer Hinrichtung in die Einzelhaft gebracht. Am 29. September brachte man sie in die medizinische Klinik des Gefängnisses, wo das Personal einen Schwangerschaftstest an ihr durchführte. Das Testergebnis war am 30. September negativ. Anschließend wurde die Familie von Zeinab Sekaanvand von den Gefängnisbehörden kontaktiert und aufgefordert, am 1. Oktober zu einem letzten Besuch ins Gefängnis zu gehen, als sie darüber informiert wurden, dass ihre Hinrichtung für den 2. Oktober geplant war.

Zeinab Sekaanvand wurde im Oktober 2014 nach einem grob unfairen Prozess vor einem Strafgericht in der Provinz West-Aserbaidschan, das sie wegen der Ermordung ihres Mannes zum Tode verurteilte.

Sie wurde im Februar 2012 auf einer Polizeistation verhaftet, wo sie den Mord an ihrem Mann „gestand“. Man hielt sie für die nächsten 20 Tage in der Polizeistation fest, wo sie sagte, dass sie von Polizisten durch Schläge auf ihren ganzen Körper gefoltert wurde.

GESCHLAGEN UND VERGEWALTIGT. Sie „gestand“, dass sie ihren Mann erstochen hat, nachdem er sie monatelang körperlich und verbal misshandelt und ihre Scheidungsanträge abgelehnt hatte. Zeinab Sekaanvand sagte, dass sie kurz nach ihrer Heirat mit 15 Jahren viele Male bei den Behörden um Hilfe wegen ihres gewalttätigen Mannes gebeten habe und behauptete, dass ihr Schwager sie wiederholt vergewaltigt habe.

Anstatt diese Vorwürfe zu untersuchen, ignorierten die Behörden sie jedoch konsequent und gaben ihr keine Unterstützung als Opfer häuslicher und sexueller Gewalt.

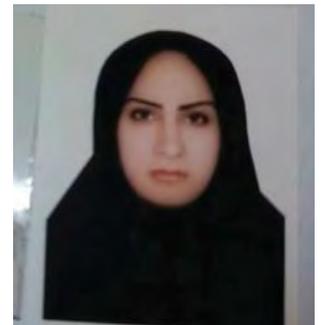
Erst bei ihrer letzten Verhandlung wurde ihr ein

staatlich bestellter Anwalt zur Verfügung gestellt, an diesem Punkt zog sie ihr „Geständnis“ zurück und erzählte dem Richter, dass der Bruder ihres Mannes, von dem sie sagte, dass er sie mehrmals vergewaltigt habe, den Mord begangen habe. Sie sagte, er habe ihr gesagt, dass er sie begnadigen würde, wenn sie die Verantwortung für den Mord übernehmen würde (nach islamischem Recht haben die Verwandten der Mordopfer die Macht, den Täter/die Täterin zu begnadigen und stattdessen eine finanzielle Entschädigung zu akzeptieren).

MANGELHAFTES VERFAHREN. Das Gericht unterließ es, die Aussagen von Zeinab Sekaanvand zu untersuchen und stützte sich stattdessen auf „Geständnisse“, die sie ohne Anwesenheit eines Anwalts gemacht hatte, und verhängte das Todesurteil.

Obwohl sie zum Zeitpunkt der Straftat unter 18 Jahre alt war, wandte das Gericht nicht einmal die Bestimmungen von Jugendstrafen des iranischen Islamischen Strafgesetzbuches 2013 an, das den Richtern das Ermessen gibt, die Todesstrafe durch eine alternative Strafe zu ersetzen, wenn sie feststellen, dass der jugendliche Straftäter/die jugendliche Straftäterin die Art der Straftat und ihre Folgen nicht verstanden hat oder dass es Zweifel an seinem/ihrer „geistigen Wachstum und seiner/ihrer Reife“ zum Zeitpunkt der Straftat gab.

Zeinab Sekaanvand stammte aus einer armen, konservativen Familie und lief mit 15 Jahren von zu Hause weg, um Hossein Sarmadi zu heiraten, der vier Jahre älter war als sie. Sie sagte, dass sie ihre Heirat mit Hossein Sarmadi als die einzige Gelegenheit für ein besseres Leben sah. Jedoch nicht lange nachdem das Paar verheiratet war, sagte sie, dass ihr Mann anfangs, sie regelmäßig zu schlagen.



Zeinab Sekaanvand © privat

IN DER WIEGE DES KONFLIKTS – DER EINSATZ VON KINDERSOLDAT*INNEN

Mehr als 240 Millionen Kinder leben in Ländern, die von bewaffneten Konflikten geprägt sind. Viele Tausende werden als Kindersoldat*innen rekrutiert.

Von Imke Steimann, Mitglied des Amnesty-NW Frauenrechte. Sie macht derzeit ein Praktikum bei der deutschen Ständigen Vertretung zur UN in New York und absolvierte davor eines bei der NGO Child Soldiers International.

Es sind vor allem Konfliktsituationen, in welchen sich Menschenrechtsverletzungen häufen. Und die Anzahl von Kriegsbetroffenen nimmt nicht ab: über 240 Millionen Kinder leben in Ländern, die von anhaltenden Konflikten geprägt sind.

Die zurzeit gravierendste humanitäre Krise im Jemen treibt Millionen von Menschen in die Hungersnot, Cholera breitet sich rasant aus und unzählige Familien wurden aus ihrer Heimat vertrieben. Was dieser Konflikt, zusammen mit mindestens 17 anderen, besonders schlimm macht: Kinder werden aktiv in das Kriegsgeschehen mit einbezogen.

Weltweit werden Kindersoldat*innen in mindestens 18 Konfliktsituationen eingesetzt, neben dem Jemen unter anderem in Syrien und Irak, Myanmar, der Demokratischen Republik Kongo, der Zentralafrikanischen Republik, Nigeria, dem Sudan und Südsudan. In der Zentralafrikanischen Republik wurden in den letzten sechs Jahren 14.000 Minderjährige rekrutiert, im Südsudan in den letzten vier Jahren sogar 19.000.

SEXUELLE AUSBEUTUNG JUNGER MÄDCHEN. Im Jargon der internationalen Menschenrechtsarbeit wird ein*e Kindersoldat*in als Minderjährige*r, die/der für militärische Zwecke verwendet wird, definiert. Diese Definition umfasst sowohl Teenager, als auch Kinder im Vorschulalter. Kindersoldat*innen werden zu verschiedenen Zwecken eingesetzt: im Kampf, aber auch als Köch*innen, Träger*innen, Nachrichtenübermittler*innen, Spion*innen oder Informant*innen. Die sexuelle Ausbeutung von Minderjährigen innerhalb militärischer Strukturen fällt auch unter diesen Begriff. Daher finden sich regelmäßig hohe Rekrutierungszahlen von jungen Mädchen, da

diese oft an Kämpfer verheiratet oder als Sexsklavinnen gehalten werden.

WARUM WERDEN MINDERJÄHRIGE SO HÄUFIG IN BEWAFFNETEN KONFLIKTEN EINGESETZT? Es handelt sich meist um ein Zusammenspiel aus verschiedenen Faktoren, die Kinder in die Arme bewaffneter Gruppen oder des Militärs treiben. Kinder treten selbstständig bei, um sich und ihren Familien den Lebensunterhalt zu sichern und ihre Gemeinschaft zu schützen. Hier spielt Armut die Hauptrolle. Nur selten treten Kinder aus einer ideologischen Motivation bei, praktische Gründe stehen im Vordergrund.

Dies ist besonders wichtig im Hinblick auf extremistische oder terroristische Gruppen wie dem Islamischen Staat in Syrien – nicht alle Kinder und Jugendlichen, die dem IS beitreten, sind radikalisiert und identifizieren sich mit einer islamistischen Ideologie. Mit unterschiedlichen Versprechungen werden Kinder aktiv von bewaffneten Gruppen gelockt, manchmal sogar entführt und zwangsrekrutiert. Dies geschieht unter anderem in Nigeria und Kamerun, wo Boko Haram für die Entführungen von jungen Mädchen aus Schulen mittlerweile eine erschreckende Berühmtheit erlangt hat.

MÄDCHEN ALS SELBSTMORDATTENTÄTERINNEN. Aus Sicht der militärischen Gruppen sind Kindersoldat*innen eine wertvolle Ressource: sie sind leicht zu überzeugen und als Kämpfer zu formen, haben nicht zwangsläufig ein gutes Verständnis des Konflikts und dessen Tiefe, und halten sich im Kampf oft noch für unsterblich. Außerdem fallen sie Sicherheitskräften seltener auf, wirken unschuldiger: dies wird vor allem von Boko Haram ausgenutzt,



die junge Mädchen als Selbstmordattentäterinnen einsetzt. Im letzten Jahr wurden 203 Mädchen in Nigeria und Kamerun von Boko Haram mit Sprengstoffgürteln ausgestattet und an belebte Orte geschickt, wo sie sich und viele andere Zivilpersonen in den Tod stürzten.

Da dieser Begriff so verschiedene Rollen umfasst, da Konfliktsituationen meist unübersichtlich sind und Infrastrukturen und Bürokratie behindern, da die Akteure vieler innerstaatlicher Konflikte divers sind und zahllose paramilitärische Gruppen umfassen können, da Geburtenregistrierung in vielen Ländern mit Konflikten oft nicht vollständig durchgeführt werden, da der Einsatz von Minderjährigen in Konflikten von der Gemeinschaft oft gesellschaftlich akzeptiert und gar ermutigt wird, ist es nahezu unmöglich, verlässliche Zahlen zur weltweiten Verwendung von Kindersoldat*innen zu finden.

VON ARMEEN UND NICHTSTAATLICHEN GRUPPEN REKRUTIERT. Jedes Jahr veröffentlicht der Generalsekretär der Vereinten Nationen einen Bericht zu Kindern in bewaffneten Konflikten, diesem Bericht ist jedes Jahr auch eine Liste der Staaten, in welchen Kindersoldat*innen rekrutiert und eingesetzt werden, angehängt. Natürlich handelt es sich nicht nur um die Armeen dieser Staaten, nichtstaatliche Akteure sind vermehrt für den Einsatz von Kindersol-

dat*innen verantwortlich. Im letzten Jahr zählte diese Liste 56 nichtstaatliche Gruppen und sieben staatliche Kräfte, das heißt Militär oder Polizei. Diese Liste ist ein internationales „name and shame“, sie soll Aufmerksamkeit auf dieses Thema lenken und Staaten dazu drängen, sich der Abschaffung und Prävention von Kindersoldat*innen zu widmen. Die UN leistet Unterstützung in vielen benannten Staaten zur Freilassung von Minderjährigen, UNICEF und unzählige lokale Organisationen leiten Reintegrationsprogramme, um Kinder zurück in die Gesellschaft zu holen und ihnen den Zugang zu Bildung und Arbeitsmöglichkeiten zu erleichtern.

KINDER IN DIE GEMEINSCHAFT ZURÜCKHOLEN. Dennoch sind viele Konfliktsituationen für internationale Organisationen zu gefährlich und unübersichtlich, um die strukturelle Verwendung von Kindersoldat*innen zu verhindern. Das Thema rückt schnell in den Hintergrund – und dabei wird vergessen, dass die heutige Jugend, traumatisiert und im Krieg sozialisiert, in wenigen Jahrzehnten für die friedliche Zukunft ihrer Heimatländer verantwortlich sein wird. Nur durch effektive Reintegrationsprogramme, Schulbildung und Beschäftigung außerhalb der Konfliktstrukturen kann man die Kinder in ihre Gemeinschaften zurückholen, ihnen eine neue Bedeutung geben und die Gesellschaft nachhaltig stärken.

INTERESSIERT?

Einmal im Monat bietet Amnesty International ein Treffen für Menschen an, die an einer ehrenamtlichen Mitarbeit interessiert sind. Dabei stellen wir dir die Organisation und Arbeitsweise von Amnesty International vor. Wir präsentieren die verschiedenen Mitarbeiterformen, die Amnesty International Österreich anbietet und versuchen gemeinsam mit dir die ideale Form der Mitarbeit für dich auszuloten.

Die Interessent*innentreffen werden von erfahrenen ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen von Amnesty International abgehalten, die dir aus der Praxis berichten können. Bei Interessent*innentreffen hast du auch die Gelegenheit, Mitglieder von Gruppen und Netzwerken kennenzulernen und somit persönlich Kontakt für Deinen möglichen Einstieg in die Gruppenarbeit bei Amnesty zu knüpfen.

Termine: jeder 1. Dienstag im Monat im Amnesty-Büro, 1160 Wien, Lerchenfelder Gürtel 43
Anmeldung: office@amnesty.at

KATASTROPHALE ZUSTÄNDE IN GRIECHISCHEN FLÜCHTLINGSLAGERN

GRIECHENLAND. Überfüllte Unterkünfte und mangelhafte Versorgung: Auf den griechischen Inseln eskaliert die Situation – besonders geflüchtete Frauen und Mädchen leiden unter den katastrophalen Zuständen.

Ein neuer Bericht von Amnesty International skizziert die gefährliche Flucht von Frauen und Mädchen sowie die furchtbaren Bedingungen und Gefahren, denen sie in griechischen Flüchtlingslagern ausgesetzt sind. Der Bericht dokumentiert aber auch die enorme Belastbarkeit und Stärke, die diese Frauen im Kampf gegen Elend und Not zeigen.



Amnesty Generalsekretär Kumi Naidoo fuhr nach Lesbos und unterstützt die Forderungen, die die Betroffenen an europäische Regierungen stellen.
© Amnesty International

„Dennoch finden diese Frauen die Kraft, sich öffentlich gegen diese Zustände zu wehren. Diejenigen, die Regierungsverantwortung tragen, müssen den Betroffenen zuhören und entsprechend handeln“, sagte Kumi Naidoo, und weiter: „In Zeiten von #MeToo und #TimesUp sind wir stolz, Seite an Seite mit unseren geflohenen Schwestern in Griechenland zu stehen und zu sagen: ‚Wir sehen euch, wir hören euch, wir glauben euch und wir kämpfen an eurer Seite‘.“

Frauen, die sich auf den Weg nach Europa machen, sind in besonderer Gefahr, körperlicher, verbaler und sexualisierter Übergriffe durch Schlepper*innen ausgesetzt zu werden. Selbst wenn sie es nach Europa schaffen, ist ihr Leidensweg noch nicht zu Ende. Die Mehrheit der Geflüchteten und Migrant*innen, die

in Griechenland eintreffen, sind mittlerweile Frauen und Kinder – in diesem Jahr waren es bis jetzt knapp über 60 Prozent.

Die Situation auf den griechischen Inseln wird immer kritischer. Daher fordern Betroffene die griechischen Behörden auf, die Menschen auf den Inseln nicht mehr dieser ausweglosen Situation auszusetzen: Die Aufnahmebedingungen auf dem Festland müssen verbessert werden und die europäischen Regierungen müssen den geflüchteten Frauen dringend die Unterstützung und den Schutz gewähren, die ihnen zustehen.

SITUATION AUF DER INSEL ESKALIERT. Die Lager sind hoffnungslos überfüllt: Mehr als 15.500 Menschen sind in fünf Flüchtlingslagern auf den Inseln untergebracht, die eigentlich für etwa 6.400 Menschen konzipiert sind. Tausende Menschen, darunter viele mit spezifischen Bedürfnissen – wie Menschen mit Behinderungen oder Babys – schlafen in Zelten außerhalb des offiziellen Lagers. Mangelhafte oder fehlende sanitäre Einrichtungen, zu wenig sauberes Trinkwasser, offen durch das Lager fließendes Abwasser sowie Ratten- und Mäuseplagen prägen das Leben in allen Flüchtlingslagern. Die Situation hat ein krisenhaftes Ausmaß angenommen, berichten Betroffene. „Es wird jeden Tag schlimmer ... Das Lager ist so überfüllt“, sagt eine Frau im Camp Moria auf Lesbos, das derzeit zweieinhalb Mal so viele Menschen beherbergt wie die vorgesehene Kapazität von 3.100.

KAUM MEDIZINISCHE BETREUUNG UND KEINE PRIVATSPHÄRE. Obwohl alle unter diesen Bedingungen leiden, ist es für Frauen und Mädchen oft nochmals schlimmer: Mehrere schwangere Frauen haben Amnesty International erzählt, dass sie auf dem Boden schlafen müssen und keinen oder nur minimalen Zugang zu pränata-



Trotz der widrigen Lebensbedingungen versuchen die Frauen im Lager Moria ihre Würde zu bewahren.

© Giorgos Moutafis/Amnesty International

ler Betreuung haben. Im vergangenen Monat soll eine Frau ohne medizinische Betreuung in einem Zelt im Camp Moria ein Kind zur Welt gebracht haben.

Weil die Waschraumtüren nicht abschließbar sind und die Beleuchtung mangelhaft ist, werden die gewöhnlichen Tagesaktivitäten, wie der Gang zur Toilette oder das Duschen zu einer Gefahrenquelle für Frauen und Mädchen.

AUCH BEDINGUNGEN AM FESTLAND SIND SCHLECHT.

Auch die Bedingungen in den Lagern auf dem Festland mit etwa 45.500 Flüchtlingen und Migrant*innen sind extrem schlecht: Dieses Jahr wurden drei Flüchtlingslager, die zuvor geschlossen worden waren, weil sie als unbewohnbar eingestuft wurden, wieder eröffnet. Denn es gibt keine anderen Unterkünfte. Die Bedingungen haben sich allerdings nicht verbessert.

Egal ob sie in Flüchtlingslagern oder in Wohnungen in städtischen Regionen untergebracht sind: Der Mangel an wichtigen Informationen und das Fehlen von Dolmetscher*innen sind die größten Hindernisse für Frauen, die Zugang zu wichtigen Dienstleistungen brauchen, z. B. zu Einrichtungen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und zu Rechtsberatung.

Trotz dieser enormen Herausforderungen sind die geflüchteten Frauen und Mädchen entschlossen, ihre Situation zu verändern. Gemeinsam arbeiten sie an Initiativen, die auf die Bedürfnisse von Frauen und Mädchen zugeschnitten sind. „Durch ein grausames Schicksal verbunden machen sich Frauen, die aus gefährlichen Orten überall auf der Welt geflohen sind, gegenseitig Mut. Sie entwickeln ein Gemeinschaftsgefühl und eine bemerkenswerte Stärke“, sagt Kumi Naidoo.

AUSWEGLOSE LAGE. Wegen des zwischen der EU und der Türkei im März 2016 geschlossenen Migrationsabkommens sind die Menschen, die in Griechenland ankommen, in einer ausweglosen Situation: Sie fristen unter furchtbaren Bedingungen in heruntergekommenen von der EU finanzierten Lagern ihr Dasein. Amnesty hat seit März 2017 mit über 100 Frauen und Mädchen gesprochen, die in Flüchtlingslagern und anderen Unterkünften in und in der Umgebung von Athen und auf den griechischen Inseln leben. Basierend auf ihren Schilderungen legt der Bericht zehn Forderungen der Frauen vor, um gegen Menschenrechtsverletzungen vorzugehen, die weibliche Flüchtlinge erleben.

Möchtest du mehr wissen?

Wir schicken dir gerne unseren monatlichen Newsletter mit aktuellen Urgent Actions, Berichten und Aktionen. Anmeldung auf unserer Website oder per Mail an frauenrechte@amnesty.at

100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT IN ÖSTERREICH UND POLEN

Die Frauenbewegung in der Zwischenkriegszeit: Frauen kämpften gegen vielerlei Widerstände für ihre Rechte und ihre Unabhängigkeit.

Anlässlich des 100. Jahrestages des Wahlrechts für Frauen in Österreich und Polen fand in der Polnischen Akademie der Wissenschaften ein Diskussionsabend statt.

Die österreichische Historikerin Univ.-Prof. Dr. Gabriella Hauch (Institut für Geschichte der Universität Wien) sowie die polnische Historikerin Dr. Iwona Dadej (Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau) gaben einen Überblick über die Frauenbewegung in Österreich und Polen in der Zwischenkriegszeit.

Bericht: Barbara Wagner, Juristin und Sprecherin des Amnesty-NW Frauenrechte



Die Sozialdemokratin Adelheid Popp

Quelle: Wikimedia

Um 1900 war eine Hochphase der europäischen und internationalen Frauenbewegungen. Das Wahlrecht und die volle Staatsbürgerschaft gehörten zu den wichtigsten Forderungen. 1903 fanden in Wien und Budapest Kongresse statt, bei denen sich Frauen aus verschiedenen Ländern – auch Polen - trafen. Diese Kongresse waren wichtig für die Frauenbewegung und Frauenrechte nach dem 1. Weltkrieg.

„Die neue Frau, die moderne Frau“ war ein Schlagwort in der Nachkriegszeit. Es wurde auch thematisiert, dass der Krieg die Folge einer rein männlichen Herrschaft war.

In Österreich wurde die Frauenbewegung nicht von Akademikerinnen getragen. Die Sozialdemokratin Adelheid Popp betrat als erste Frau die Redebühne. Sie verfügte nur über vier Jahre Volksschule.

SOZIALDEMOKRATISCHE UND KONSERVATIVE VEREINE.

Nach dem Krieg bekamen Frauen 1918 das Wahlrecht. Außerdem wurde das Vereinsverbot für gemischtgeschlechtliche Vereine aufgehoben. Der sozialistische Frauenverein löste sich daraufhin auf und wurde Teil der sozialdemokratischen Partei. Die katholischen Frauen wollten in der christlich-sozialen Partei eine Frauenorganisation gründen. Das wurde von der Partei aber abgelehnt. So blieb die katholische Reichsfrauenorganisation bestehen. Das erwies sich letztendlich als positiv. Das diente der Selbstermächtigung der Frauen. Die Frauen waren selbstbewusst, gleichzeitig aber auch gegen Reformen im Familienrecht, gegen Jazz und neue Tänze. Im bestehenden Familienrecht galt der Mann als Haupt der Familie, das wollten die katholischen Frauen nicht ändern. Sie waren sehr konservativ. Beim Auftritt von Josephine Baker waren die katholischen Frauen die Speerspitze der Demonstrationen dagegen.

1920 waren 20 Frauen im Parlament. Ab 1923 ist die Zahl der Frauen im Parlament wieder

gesunken. Erst 1974 waren mehr Frauen im Parlament als 1920. Christlich-Soziale, Großdeutsche und Deutschnationale stellten die Regierungen. Weitere Organisationsschritte und die Entwicklung von Frauenrechten wurden verhindert. Es gab aber größere Handlungsspielräume für Frauen, sie konnten sich mehr in der Öffentlichkeit zeigen.

MÄNNERBUND GEGEN FRAUENRECHTE. Es gab einen Bund für Männerrechte, der die Zeitschrift „Notwehr“ herausbrachte. Der Verein war eine Stelle zur Wahrung der Interessen der Männer. Gekämpft wurde gegen die auf die Spitze getriebene Frauenemanzipation. Beim Verein waren Anhänger aller Parteien. Der Männerbund war der Meinung, dass er die natürliche Ordnung vertritt.

Bekämpft wurden feministische Gesetze. Das waren Gesetze zum Mutterschutz, Schwangerschaftsurlaub, zur Kinderbetreuung und für Alimmente von unehelichen Kindern. Bei den Alimmenten gab es eine Ausweichmöglichkeit für bäuerliche Söhne. Sie konnten sagen, dass sie kein eigenes Einkommen hatten, da sie im Familienbetrieb arbeiteten. Frauen wurden wegen dieser Gesetze im Parlament beschimpft und kritisiert.

Die Konstruktion der neuen Frau zeigte sich äußerlich etwa in Bubikopf und kurzen Kleidern, aber auch im Aufbrechen der repressiven, alten Sexualmoral. Frauen arbeiteten selbständig und wurden unabhängig.

Es gab eine Kommission der Frauenarbeit, in der verschiedene Frauenvereine vertreten waren. Ziel war der Abbau des Frauenanteils in bestimmten Industrien (z.B. der Metallindustrie), damit es Jobs für aus dem Krieg zurückkehrende Männer gab. Das waren gute Jobs, die Frauen unabhängig machten. Die meisten Frauen waren ungelernnt und in der Arbeit bisher abhängig von Bauern oder Hausherrn. Da waren die Jobs in der Industrie attraktiv.

NACH DEM KRIEG ZURÜCKGEDRÄNGT. Das Herausdrängen der Frauen aus diesen Industrien wurde mit Arbeitnehmerinnenschutzgesetzen erreicht. So wurden das Nachtarbeitsverbot und der 10 Stunden-Tag für Frauen eingeführt. Damit war eine Beschäftigung in der Metallindustrie mit Schichtarbeit nicht mehr möglich. Das wurde von keinem Regierungsmitglied in Frage gestellt.

1927 waren nur mehr sechs Sozialdemokratinnen im Parlament. Es brauchte die christlich-sozialen und deutschnationalen Frauen, um für Frauenrechte einzutreten. Die christlich-sozialen Frauen teilten mit, dass sie für die Partei nur mehr laufen würden, wenn eine Frau in den Nationalrat einzieht. Die Deutschnationalen drohten, die Frauenpartei zu unterstützen, wenn keine Frau auf sicherer Stelle zur Wahl aufgestellt wird. Unter den Nationalsozialisten kam es dann zu einer Zäsur.

Eine neue Frauenbewegung gab es erst in den 70er Jahren. Erst dann wurden die öffentlich diskutierten Themen von 1920-1933 weiterdiskutiert. Erst 1975 wurde die patriarchale Familie abgelöst. Frauen konnten Pässe ohne Unterschrift des Mannes beantragen und Arbeitsverträge allein unterschreiben. Der Schwangerschaftsabbruch wurde legal.

ENTWICKLUNG IN POLEN. 1917 fand in Warschau ein Frauenkongress statt, bei dem die Grundrisse für die späteren politischen und rechtlichen Regulierungen in Polen erarbeitet und der Öffentlichkeit vorgestellt wurden. Teilnahmen Juristinnen, die im Ausland studiert hatten, sowie Studentinnen aus Warschau, wo Frauen seit 1915 studieren konnten. Auch viele Ärztinnen, die die Grundlagen von Regulierungen im gesundheitlichen Bereich erarbeiteten, waren dabei. Die Teilnehmerinnen kamen aus bildungsnahen Schichten. Sie sammelten bereits Erfahrungen in kulturellen, politischen und Frauenorganisationen sowie der Unabhän-

gigkeitsbewegung. Dort sammelten sie auch rhetorische Erfahrungen, die bei der Präsentation der Ergebnisse halfen. Einige wurden Parlamentarierinnen.

1918 wurde in Polen ein Dekret über die Wahlordnung unterzeichnet. Danach besitzen alle Bürger ab 21 Jahren unabhängig vom Geschlecht

das aktive und passive Wahlrecht. Es folgte ein harter Kampf der Frauenbewegung, die Frauenrechte auf allen Ebenen umzusetzen.

Frauen durften gemäß Wahldekret gewählt werden. Dennoch kamen nur wenige Frauen ins Parlament. Sie waren im Parlament auch nicht überall vertreten. Sie besetzten Nischen. Was sie früher außerhalb des Parlaments machten, machten sie nun im Parlament. Das betraf Themen wie Sozialarbeit, der Kampf gegen Prostitution oder für Kinderrechte. Die Frauen waren bei ihrer Arbeit überhaupt nicht sichtbar.

In der Verwaltung waren in den 20er Jahren 5.000 Frauen im Staatsdienst tätig. Sie waren aber fast ausschließlich in den niedrigeren Besoldungsgruppen beschäftigt. Das Recht ermöglichte zwar grundsätzlich den Zugang zum Staatsdienst. Bei verheirateten Frauen musste aber der Mann zustimmen, wenn die Frau im Staatsdienst arbeiten wollte.

1925 gab es die erste Anwältin in Polen. Ca. 200 Anwältinnen waren in der Zwischenkriegszeit tätig. Richterinnen gab es dagegen nur 6, die alle im Arbeits- oder Jugendrecht tätig waren.

Frauen hatten in der Zwischenkriegszeit zwar die gleichen Rechte, aber nicht die gleichen Chancen.



Plakat zum Frauentag 1914

Quelle: Wikimedia



DIES & DAS



PINKER PUDEL-PREIS. Der „Pinke Pudel“ ist Deutschlands erster Positivpreis für progressive Werbung. Ausgezeichnet werden Kreative, die in Werbekampagnen mit Geschlechterstereotypen brechen und gesellschaftliche Vielfalt feiern. Vergeben wird er von Pinkstinks. Pinkstinks ist eine junge Protestorganisation, die gegen Produkte, Werbe- und Medieninhalte agiert, die Kindern eine einschränkende Geschlechterrolle zuweisen. Die „Pinkifizierung“ trifft Mädchen und Buben gleichermaßen. Diesem Trend will die Initiative entgegenwirken. Mehr auf pinkstinks.de

FRAUEN MIT HERZSTILLSTAND WIRD SELTENER GEHOLFEN.

Untersuchungen haben gezeigt, dass Frauen, die einen außerklinischen Herzstillstand erleiden, seltener Herzmassagen und andere wiederbelebende Maßnahmen erhalten als Männer. Zwei neue Studien der University of Colorado fragten nun, warum das so ist.

Eine Umfrage ergab, dass manche Menschen befürchten, dass Herzmassage durch Außenstehende unangemessen erscheinen oder Frauen verletzen könnte.

Zudem werde ein Herzstillstand bei Frauen seltener als solcher erkannt. Und - manche nehmen an, dass Frauen einen Vorfall dramatisieren oder vortäuschen.

Eine Virtual-Reality-Studie ergab, dass selbst weibliche Avatare in einer virtuellen Simulation weniger wahrscheinlich eine Herzmassage erhalten als männliche.

Quelle: American Heart Association

HUMAN RIGHTS DEFENDERS WORLD SUMMIT 2018 IN PARIS.

Ende Oktober trafen sich zahlreiche Menschenrechtsverteidiger*innen aus aller Welt in Paris. Auf dem Human Rights Defenders World Summit 2018 diskutierten sie drei Tage lang anlässlich des 20. Jahrestags der UN-Erklärung über Menschenrechtsverteidiger*innen über neue Strategien, wie mit regionalen und globalen Problemen umgegangen werden kann. Und sie entwickelten einen Aktionsplan zum Schutz und zur Unterstützung von Menschenrechtsverteidiger*innen. Diskutiert wurden Land- und Umweltrechte und die weltweit massiv zunehmenden Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger*innen. Höhepunkt war die Vorstellung eines wegweisenden Aktionsplans, der im Dezember den Vereinten Nationen vorgelegt werden soll.

FRAUEN ALS „ELITÄRE KASTE“?

„Es gibt in unserem Land eine durch unverwechselbare körperliche Merkmale eindeutig gekennzeichnete Menschengruppe, die gegenüber dem Rest der Bevölkerung ausgesprochen bevorzugt erscheint.“

Die Mitglieder dieser elitären Kaste sind von Natur aus mit mehr Lebens- und per Gesetz mit mehr Pensionsjahren ausgestattet ...“

Aus einem Gastkommentar von Jens Tschbull in „Die Presse“ am 12. Okt. 2018, als „Plädoyer für alle jene, die das Frauenvolksbegehren nicht unterschrieben“



In Wien Simmering arbeitet der Verein Balu&Du. Seine Tätigkeit ist offene Kinder- und Jugendarbeit. Bis zum letzten Jahr gab es das Projekt Mädchengarten, ein Ort für Mädchen und Frauen.

© privat ivp

Absender*in:

Secretary of Justice
Menardo Guevarra
Department of Justice
Padre Faura Street
Ermita, MANILA 10020
PHILIPPINEN

Dear Secretary of Justice Guevarra,

I am dismayed by the continued detention of **Senator Leila de Lima**, arrested on 24 February 2017 on drug related charges. I strongly urge the Philippines authorities to drop all charges against Senator de Lima and immediately and unconditionally release her.

Over one year ago, the authorities arrested and detained de Lima on drug-related charges under the Dangerous Drugs Act 2012. De Lima faces three charges of conspiracy to trade drugs, a non-bailable offense. However, I am concerned that so far there has been no evidence on record to sustain such allegations and prosecutors continue to adjust the charges against her.

I am concerned that the charges against Senator de Lima stem from her vocal criticism of President Duterte's 'war on drugs', which has resulted in the extrajudicial execution of thousands of suspected drug offenders. After the Senator opened a Senate inquiry into unlawful killings in the anti-drug campaign, the President and other officials unleashed a series of criminal accusations and offensive remarks against Senator de Lima, often based on her gender.

In light of the above, I am calling on you, as Secretary of Justice, to drop all charges against Senator de Lima and release her immediately and unconditionally.

Furthermore, please ensure that, while in detention, Senator de Lima is held in humane conditions and that arbitrary restrictions, such as denial of visits, are lifted and remove the arbitrary restrictions imposed on her to ensure that she can discharge fully her legislative mandate especially as Chair-person of the Committee on Social Justice.

Additionally, I call on you to investigate threats, harassment and intimidation of political opponents, activists, independent media, human rights defenders and others who have criticised the government's anti-drug war and ensure they are able to carry out their work without fear of reprisals.

Finally, I urge you to ensure prompt, impartial and effective investigations into all drug-related killings, particularly where law enforcement officials have been implicated.

With kind regards,

Die Forderungen:

- Bitte lassen Sie alle Anklagen gegen Senatorin Leila de Lima fallen und sorgen Sie dafür, dass sie unverzüglich und bedingungslos freigelassen wird.
- Bitte stellen Sie sicher, dass Senatorin Leila de Lima während ihrer Inhaftierung unter menschenwürdigen Bedingungen festgehalten wird und dass willkürliche Beschränkungen wie ein Besuchsverbot aufgehoben werden.
- Bitte lassen Sie die Vorfälle von Bedrohung, Einschüchterung und Verfolgung von politischen Gegner*innen, Aktivist*innen, unabhängigen Medien und Menschenrechtsverteidiger*innen, die die Anti-Drogen-Kampagne der Regierung kritisieren, untersuchen und stellen Sie sicher, dass sie ihre Arbeit ohne Furcht vor Verfolgung ausführen können.
- Bitte lassen Sie alle Vorfälle von Tötungen in Verbindung mit Drogen gründlich und unabhängig untersuchen.

Absender*in:

Chief Minister N. Biren Singh
Manipur CM Office
4th Block, Western Block
New Secretariat
Imphal, 795001
Manipur
INDIEN

Dear Chief Minister,

I am writing to you to express my concern that in Manipur, Northeast India, the human rights defender **Salima Memcha** is being subjected to harassment and threats. On 7 April 2018, police personnel and paramilitary group came to her house and destroyed personal belongings. These attacks and threats appear to be linked to her efforts demanding the investigation into her husband's death. He is assumed to have been killed by security forces in January 2010.

Salima Memcha is part of the Extrajudicial Execution Victim Families Association Manipur (EEVFAM) that documents alleged cases of extrajudicial killings. Unfortunately, she is not the only member of EEVFAM who has been threatened, harassed and intimidated.

I call on you to immediately and unconditionally stop the intimidation, harassment and attacks against Salima Memcha and other human rights defenders from EEVFAM.

Please make sure that all complaints of intimidation, harassment and attacks against Salima Memcha and other human rights defenders are investigated in a timely and impartial manner.

Sincerely,

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

mit Sorge habe ich erfahren, dass in Manipur im Nordosten Indiens die Menschenrechtlerin Salima Memcha schikaniert und bedroht wird. Am 7. April 2018 drangen Angehörige des Paramilitärs und der Polizei in ihr Haus ein und verwüsteten persönliches Eigentum. Diese Übergriffe und Drohungen hängen offenbar damit zusammen, dass ihr Ehemann im Januar 2010 mutmaßlich von Sicherheitskräften getötet wurde und sie sich für eine Aufklärung des Falls einsetzt.

Salima Memcha ist Mitglied des Kollektivs Extrajudicial Execution Victim Families Association Manipur (EEVFAM), das mutmaßliche Fälle außergerichtlicher Hinrichtungen dokumentiert. Sie ist nicht die einzige EEVFAM-Aktivistin, die bedroht, schikaniert und eingeschüchtert wurde.

Bitte sorgen Sie dafür, dass die Einschüchterungen, Schikanen und Angriffe gegen Salima Memcha und weitere Menschenrechtsverteidiger*innen von EEVFAM umgehend eingestellt werden.

Außerdem müssen alle Beschwerden von Salima Memcha und anderen Menschenrechtsverteidiger*innen über Einschüchterungen und Angriffe zeitnah und unabhängig untersucht werden.

Hochachtungsvoll

Absender*in:

Minister of Interior
Arsen Avakov
vul. Akademika Bohomoltsa, 10
01601 Kiew
UKRAINE

Dear Minister,

I am writing with regard to the case of VITALINA KOVAL who was attacked by members of a right-wing group on 8 March 2018 in Uzhgorod. She was taking part in a small demonstration to mark International Women's Day when attackers threw red paint over her - causing chemical burns to her eyes.

I am writing to urge you to acknowledge the problem of growing violence by far-right groups that advocate hatred and discrimination, and make necessary changes to the policies and rules regulating police conduct at public assemblies and closed gatherings.

Please take all necessary steps to ensure a safe and enabling environment for Vitalina and other human rights activists in Ukraine to exercise their right to freedom of peaceful assembly and expression by implementing effective protection measures to safeguard activists, particularly women's rights and LGBTI activists, from further attacks or intimidation.

Thank you for your attention to my request.

Yours sincerely,

Die Forderungen:

- Die ukrainischen Behörden müssen das Problem wachsender Gewalt durch rechtsextreme Gruppen, die Hass und Diskriminierung befürworten, anerkennen und notwendige Änderungen der Politiken und Regeln zur Regulierung des Polizeiverhaltens bei öffentlichen Versammlungen und geschlossenen Versammlungen vornehmen.
- Die ukrainischen Behörden müssen durch wirksame Schutzmaßnahmen, insbesondere für Frauenrechte- und LGBTIQ-Aktivist*innen, ein sicheres und förderliches Umfeld für Vitalina und andere Menschenrechtsaktivist*innen in der Ukraine gewährleisten, damit sie ihr Recht auf friedliche Versammlungs- und Meinungsfreiheit ohne die Gefahr weiterer Angriffe oder Einschüchterungen wahrnehmen können.

Absender*in:

BOTSCHAFT DER ISLAMISCHEN
REPUBLIK IRAN
S.E. Herr Ebadollah Molaei
Jauresgasse 9
1030 WIEN

Please forward this to Head of the Judiciary Ayatollah Sadegh Larijani and Prosecutor General of Tehran Abbas Ja'fari Dolat Abadi:

Your Excellency,

I am writing to you deeply concerned about human rights defender ATENA DAEMI. She is a prisoner of conscience imprisoned solely for peacefully exercising her rights to freedom of expression, association and assembly in her efforts to defend and advance human rights in Iran.

In view of the above, I call on you to release Atena Daemi immediately and unconditionally.

Furthermore, I call on you to ensure that, pending her release, she has access to a qualified health professional who can provide health care in compliance with medical ethics, including the principles of confidentiality, autonomy and informed consent.

Finally, I call on you to investigate Atena Daemi's allegations of torture or other ill-treatment, including being subjected to violence during her November 2016 arrest, and ensure that those responsible are brought to justice in fair trials.

Thank you for your attention to my request.

Yours sincerely,

Die Forderungen:

- Bitte veranlassen Sie die sofortige Freilassung von Atena Daemi, da sie eine gewaltlose politische Gefangene ist, die lediglich ihre Rechte auf Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit wahrgenommen hat.
- Stellen Sie bitte sicher, dass Atena Daemi Zugang zu qualifiziertem Gesundheitspersonal erhält, welches sie entsprechend der Medizinethik versorgt und die Grundsätze der Schweigepflicht, Patientenautonomie und Einwilligung nach Aufklärung einhält.
- Bitte untersuchen Sie die Folter- und Misshandlungsvorwürfe von Atena Daemi, darunter der Vorwurf, in der Haft im November 2016 Gewalt ausgesetzt worden zu sein, und garantieren Sie, dass die Verantwortlichen in fairen Verfahren vor Gericht gestellt werden.

BRIEFMARATHON

3. – 17. Dezember 2018

AMNESTY
INTERNATIONAL



MACH MIT!

Das größte Menschenrechtsevent der Welt –
der Amnesty Briefmarathon

Jedes Jahr im Dezember schreiben hunderttausende Menschen im Rahmen des Briefmarathons von Amnesty International Briefe, Appelle, E-Mails und Postkarten für Menschen, die sich in Gefahr befinden. Der Briefmarathon findet jedes Jahr um den 10. Dezember, dem internationalen Tag der Menschenrechte, statt.

Heuer ist ein besonderes Jahr für die Menschenrechte. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wird 70 Jahre! Gemeinsam drücken wir mit diesen Aktionen Solidarität mit Menschen aus, deren Mut und Ausdauer uns inspirieren. Gleichzeitig üben wir auch direkt Druck auf die politisch Verantwortlichen aus, zu handeln. Ein einzelner Brief an die Behörden kann ungelesen weggelegt werden – aber hunderttausende Briefe, E-Mails, Faxe und Postkarten, die alle auf die Einhal-

tung der Menschenrechte pochen, können nicht ignoriert werden!

1,8 Millionen Aktionen wurden weltweit im Rahmen des Briefmarathon 2017 zugunsten von Menschen in Gefahr gesetzt! Österreichweit wurden über 34.000 Appelle von mehr als 13.000 Menschen verschickt.

Gemeinsame Aktivitäten verbinden und motivieren!

Dieses Jahr stehen bei Amnesty Österreich drei junge Frauen im Mittelpunkt, die unterdrückt, verfolgt und sogar verhaftet wurden, weil sie sich für die Menschenrechte eingesetzt haben. Weltweit sind es neun Fälle.

Mehr dazu auf amnesty.at

Alle neun Fälle mit Fallbeschreibung findest du auf der Website der Region Wien/NÖ: regionwien.amnesty.at

Amnesty-Aktivistinnen bei einem mehrtägigen Infostand in der Wiener Hauptbücherei zum Briefmarathon 2017



GUTE NACHRICHTEN. DANKE FÜR DEINEN EINSATZ!



KAMBODSCHA: TEP VANNY IST FREI

Die Menschenrechtsverteidigerin Tep Vanny wurde im Zuge einer königlichen Begnadigung freigelassen. Sie war über zwei Jahre inhaftiert, weil sie sich friedlich für Landrechte in Kambodscha eingesetzt hatte.

Seit fast zehn Jahren setzt sich Tep Vanny für die Rechte ihrer Gemeinschaft im Gebiet des ehemaligen Boeung Kak Sees ein. Das Areal um den See wurde für ein Tourismusprojekt an ein privates Unternehmen verkauft und die Bewohner*innen des Gebiets zwangsgeräumt. Tep Vanny setzte sich unermüdlich gegen die Zwangsräumungen am Boeung Kak See und in anderen kambodschanischen Gemeinschaften ein und wurde so zum Symbol für friedlichen Aktivismus in Kambodscha.

Im Februar 2017 wurde sie wegen „vorsätzlicher Gewalt unter erschwerenden Umständen“ zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt. Die Anklage bezog sich auf ihre Teilnahme an einer friedlichen Protestveranstaltung vor dem Haus des Ministerpräsidenten Hun Sen.

Am 20. August 2018 wurde Tep Vanny nun vom kambodschanischen König freigesprochen und ihre Freilassung angeordnet.

CHILE: KARINA RIQUELME AUSSER GEFAHR

Am 25. September ordnete der Oberste Gerichtshof in Chile Schutzmaßnahmen für die Anwältin Karina Riquelme an. Sie hatte Angst um ihre Sicherheit gehabt und sich bedroht gefühlt, nachdem sie von Beamten des chilenischen Polizei-geheimdienstes in Zusammenhang mit ihrer Menschenrechtsarbeit überwacht und eingeschüchtert worden war. Karina Riquelmes Antrag auf Schutzmaßnahmen war am 14. September vom Berufungsgericht in Temuco abgelehnt worden. Diese Entscheidung wurde nun vom Obersten Gerichtshof aufgehoben. Demnach muss der chilenische Polizei-geheimdienst Schutzmaßnahmen einführen, um die freie Ausübung juristischer Aktivitäten und die individuelle Sicherheit Karina Riquelmes zu gewährleisten.



VIETNAM: ME NAM FREIGELASSEN

Gemeinsam mit ihren zwei Kindern und ihrer Mutter kam die bekannte vietnamesische Bloggerin und Menschenrechtsverteidigerin am 17. Oktober 2018 in Texas an. An die unerwartete Freilassung nach zwei Jahren unrechtmäßiger Haft war jedoch die Bedingung geknüpft, dass Me Nam Vietnam verlassen und ins Exil gehen muss. Nguyễn Ngọc Như Quỳnh, besser bekannt unter dem Pseudonym Me Nam, ist eine vietnamesische Bloggerin. Gemeinsam mit anderen gründete sie 2009 das Unabhängige Vietnamesische

Blogger*innennetzwerk. In ihren Onlinebeiträgen machte sie auf Polizeigewalt, die Armut der Menschen, Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen durch die vietnamesischen Behörden aufmerksam.



PAKISTAN: TODESURTEIL AUFGEHOBEN

Der Oberste Gerichtshof Pakistans hat das gegen Asia Bibi wegen Gotteslästerung verhängte Todesurteil aufgehoben und sie von allen Vorwürfen freigesprochen. Die Christin war 2010 wegen Beleidigung des Propheten Mohammed zum Tode verurteilt worden. Amnesty hatte sich für die eingesetzt. Asia Bibi ist eine in Armut lebende Landarbeiterin und Mutter von fünf Kindern. Obwohl freigesprochen, gaben die Behörden anfänglich den Forderungen eines gewalttätigen Mobs nach und hinderten sie daran, das Land zu verlassen. Inzwischen ist sie in Freiheit.

Pakistans Blasphemiegesetze werden oft gegen religiöse Minderheiten eingesetzt. Auch dienen sie bewaffneten Milizen zur Rechtfertigung ihrer Gewaltexzesse.

**Wir danken allen unseren
Unterstützer*innen,
Freund*innen und
Spender*innen herzlich und
wünschen schöne Feiertage
und alles Gute für 2019.**